

Berlin, 18. November 2014

## PRESSEMITTEILUNG

Geschäftsstelle / Office:  
Anklamer Straße 38  
D-10115 Berlin  
fon: +49 30 4432700  
fax: +49 30 44327022  
geschaeftsstelle@djb.de  
<http://www.djb.de>

### **Pacta sunt servanda – djb fordert konsequente Umsetzung der Frauenquote**

„Ein ganzes Jahr ist schon vergangen, seitdem die neue Bundesregierung sich in den Koalitionsverhandlungen auf eine Frauenquote für Aufsichtsräte geeinigt hat. Nun ist es an der Zeit den gemeinsam vorgelegten Gesetzentwurf von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig und von Bundesjustizminister Heiko Maas endlich im Kabinett zu beschließen, und damit auch die immer wieder laut werdenden Unkenrufe aus Politik und Wirtschaft zum Schweigen zu bringen,“ erklärt Ramona Pisal, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb). „Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten. Diesen Grundsatz kennt jedes Kind.“

In einem Offenen Brief stellen sich die zehn führenden Spitzenfrauen-Verbände, zu denen auch der djb gehört, hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diese hatte zuletzt auf dem Arbeitgebtag mit klaren Worten unterstrichen, dass die Quote, auch gegen Widerstände, auf den Weg gebracht wird. Zum Offenen Brief der Spitzenfrauen-Verbände: <http://www.djb.de/st-pm/pm/pm14-27b/>. Auf der Webseite *Direkt zur Kanzlerin!* <http://direktzu.de/kanzlerin/messages/gesetzentwurf-zur-quote-im-kabinett-57288> können Sie unser Anliegen mit Ihrer Stimme („dafür stimmen“) unterstützen!

Bereits am vergangenen Sonntag wandten sich in einem weiteren Offenen Brief zehn Frauen der Initiative „Berliner Erklärung“ – darunter djb-Präsidentin Ramona Pisal – an die Bundesregierung. Auch hier wird die zügige Umsetzung der Verpflichtung aus dem Koalitionsvertrag, den Anteil weiblicher Führungskräfte zu erhöhen und dazu zu Beginn der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte einzuführen, gefordert.

Zum Offenen Brief der Berliner Erklärung: <http://www.djb.de/st-pm/pm/pm14-27a/>

Der djb begrüßt den Gesetzentwurf für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft als wichtigen ersten Schritt, geht in seinen Forderungen jedoch darüber hinaus. Ergebnisse des mittlerweile abgeschlossenen Projekts „**Aktionärinnen fordern Gleichberechtigung**“ zeigen, dass die in der Vergangenheit erbrachten und auf Eigeninitiative beruhenden Veränderungen in den Führungspositionen, Vorständen und Aufsichtsräten der untersuchten Unternehmen zu gering sind. Signifikante Fortschritte zu mehr Frauen in Führungspositionen können deshalb nur durch verbindliche gesetzliche Maßnahmen erzielt werden.